

Gewerkschaftliche Perspektiven und Probleme

Für manchen mag es den Anschein haben, als sei das Thema „Gewerkschaften“ bereits derart ausgelaugt, daß jede weitere Behandlung desselben notgedrungen zu nichtssagenden Gemeinplätzen und langweiligen Wiederholungen führen muß. Wir teilen diese arrogante Ansicht nicht. Wir meinen vielmehr, daß die mit der zeitgenössischen Entwicklung verbundenen *Veränderungen* unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwelt nicht nur unaufhörlich *neue Tragen* aufwerfen, die von den Gewerkschaften mitbeantwortet werden müssen, sondern daß auch die Gewerkschaften die Fundamente ihrer Existenz in solchen Zeiten gar nicht oft genug auf ihre Tragfähigkeit hin überprüfen können. Zusätzlich sind die Gewerkschaften historisch junge Erscheinungen. Ihre Entwicklungskurve weist derart verhängnisvolle Zäsuren auf, daß man, so man auf diese Vergangenheit zurückblickt, nicht den geringsten Grund hat, der Zukunft allzu selbstbewußt und übermütig entgegenzutreten. Die Gewerkschaften, und viele andere Organisationen auch noch, haben sich ihren Platz an der Sonne noch nicht ersessen; sie müssen ihn auch weiterhin verdienen. Der Weg, den sie dabei zu beschreiten haben, ist dunkel und gefahrvoll, und die Schritte, die getan werden müssen, sind in ihrer oftmals schicksalhaften Tragweite noch längst nicht restlos ausgeleuchtet. Ja sogar der Staat kann zu einer Ungewissen Drohung werden, und das gewerkschaftliche Mißtrauen gegenüber der bevorstehenden *Notstandsgesetzgebung* ist ein deutliches Zeichen dafür, daß man sich diesbezüglich keine Illusionen macht.

Wenn man also von den gewerkschaftlichen Perspektiven und Problemen handelt, dann wird man gut daran tun, den Rahmen möglichst weit zu stecken. Einmal um der Orientierung in unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwelt willen, zum anderen, damit man nicht in der Banalität der politischen Tagesfragen steckenbleibt.

Zur Gewerkschaftsdefinition

Es geht auch nicht an, frischfröhlich von den Gewerkschaften zu reden, ohne sie zu definieren. Das ist weder überflüssig noch ist es eine bloß methodische Forderung wissenschaftlicher Eigenbrötelei. Dieses Vorgehen konfrontiert uns vielmehr sofort mit einer Fülle von Nuancen, die genügend interessant sind, um uns nachdenklich zu stimmen.

Da ist gleich einmal die große Unterteilung zwischen der „klassischen“ und der „befestigten“¹⁾ Gewerkschaft. Dabei wird erstere dem vergangenen Jahrhundert zugerechnet, ohne indes auszuschließen, daß sie auch heute noch überall dort anzutreffen ist, wo die Bedingungen dieses Jahrhunderts weiter existieren. Die letztere hingegen ist ein Produkt der Gegenwart, das allerdings nur dort zu finden ist, wo die Normen des Kapitalismus die Züge der modernen Industriegesellschaft mehr oder weniger entscheidend mitbestimmen. Dem Namen nach gibt es die Gewerkschaften selbstverständlich auch außerhalb dieses kapitalistischen Bereiches — „die Werktätigen der Sowjetunion sind in den Gewerkschaften vereinigt“²⁾ —, aber das sind dann keine Gewerkschaften in unserem Sinne, sondern Zerrbilder derselben.

Was nämlich der ursprünglichen Gewerkschaft eigen ist, zumindest in vielen Fällen, das ist eine gewisse Spontaneität in der Entstehung. Sie ist, wie *Sombart* schreibt, „tatsächlich eine aus rein proletarischem Interesse geborene Einrichtung, bei deren Werden keinerlei theoretische Erwägungen mitgewirkt haben. Sie verdient deshalb mehr Beachtung als irgendein sozialistisches Dogma, weil sie der unmittelbare, unverfälschte Ausdruck dessen ist, was in der Lohnarbeiterschaft nach Betätigung drängt“³⁾. Deshalb ist die klassische Gewerkschaft auch bar jeglicher Ideologie; sie ist unpolitisch und sie muß es sein, da sie den einschlägigen Parteigründungen vorausgeht. Das ist das Urbild der anglo-amerikanischen Gewerkschaft und das Vorbild der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. „Die Logik“ dieser „klassischen Gewerkschaft kann“ nach *Briefs* wie folgt „umschrieben werden: Das liberal-kapitalistische System ist die Tatsache, mit der wir zu rechnen haben. Da die Wirtschaft ihre Gesetze hat, müssen wir uns fragen, wo innerhalb dieser Gesetze Möglichkeiten für uns liegen. Unser einziges Mittel, sie auszunutzen, ist unsere solidarische Aktion. Da diese Wirtschaftswelt auf Verträgen über in Geld ausgedrückte Leistung und Gegenleistung aufgebaut ist, müssen wir die Voraussetzungen der Verträge so gestalten, daß sich unsere Vertragsbedingungen verbessern. Der Arbeitgeber muß für uns der Fremde sein, an den uns keine moralische Verpflichtung (etwa wie zum Brotherrn) bindet. Wir müssen ihn dazu bringen, daß er unsere solidarische Gruppe als Vertretung seiner Arbeiter anerkennt, mit ihr die Arbeitsbedingungen bespricht und vertraglich fixiert. Dasselbe Ethos, das ihn bewegt, muß für uns gelten: Geschäft ist Geschäft, Vertrag ist Vertrag. Das ist die Sprache, die der Unternehmer versteht, weil es seine Sprache ist“⁴⁾. „Die übliche Begriffsbestimmung für die Gewerkschaft (auch ‚Gewerkverein‘, in England *trade union* genannt) lautet“ demnach: „freiwilliger und dauernder Zusammenschluß von Arbeitnehmern zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen“⁵⁾. Und wenn man dann noch präzisiert, worin diese wirtschaftlichen Interessen eigentlich bestehen, und das geschieht bei *Strachey*, dann stellen sich die Gewerkschaften letztlich als „Kartelle“ dar, „für den Verkauf von Arbeitskraft zum höchsten erzielbaren Preis“⁶⁾.

1) G. Briefs, Das Gewerkschaftsproblem gestern und heute, Frankfurt/M. 1955, S. 13.

2) S. K. Tatur, Die wirtschaftliche Rechnungsführung in der Industrie. Übersetzung aus dem Russischen, Berlin 1961, S. 149.

3) W. Sombart, Sozialismus und Soziale Bewegung, Jena 1905, S. 114.

4) G. Briefs, a.a.O., S. 12.

5) F. J. Furtwängler, Die Gewerkschaften. Ihre Geschichte und internationale Auswirkung, rde Bd 34, Hamburg 1956, S. 7.

6) J. Strachey, Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1957, S. 147.

Damit stehen wir aber auch schon vor der Definition der befestigten Gewerkschaft von heute. Und man könnte es dabei bewenden lassen, müßte man hier nicht, einem Gebot des wissenschaftlichen Anstandes gehorchend, auf jene' unleugbare Zwiesichtigkeit des Kartellbegriffes hinweisen, die auch in diesem Zusammenhang einer gewissen Anstößigkeit nicht entbehrt. Manche Übertreibungen bei der Beurteilung der befestigten Gewerkschaften der Gegenwart lassen sich nämlich zwanglos aus dem doppelten Boden dieses Kartellbegriffes und der damit verbundenen Praxis herleiten.

Da ist einmal der Totalitätsanspruch der befestigten Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern, der verschiedentlich gerügt wird, weil er aus der ursprünglichen „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter einen „Koalitionszwang“ zu machen droht, mit den für den europäischen Geschmack schwer zu vereinbarenden Mißbräuchen des sogenannten *closed shop* und *union shop* sowie der *check-off* und der *maintenance clause* ⁷⁾. Und dann ist noch der Totalitätsanspruch der befestigten Gewerkschaften gegenüber Staat und Gesellschaft da, „mit dem Unternehmertum und Regierungen — auch letztere oft *pari passu* — in Angelegenheiten rechnen müssen, die weit über die Arbeitsbedingungen hinausreichen“ ⁸⁾. Überspitzt und wohl auch polemisch formuliert, läßt sich die Situation wie folgt darstellen: „Die industriellen Nationen der westlichen Welt stehen vor der Frage, wie das befestigte Gewerkschaftswesen mit Demokratie und unternehmerischer Wirtschaft vereinbar sei. In allen diesen Ländern ist die befestigte Gewerkschaft ein politischer Faktor erster Ordnung geworden. Anders als die klassische Gewerkschaft des 19. Jahrhunderts tritt sie als umfassende und machtvoll organisierte Gruppe auf; sie ist an den wirtschaftlich und politisch empfindlichsten Punkten der Nationen konzentriert; sie kann vitale Industrien durch Streikbeschluß jeden Augenblick stilllegen; sie kommandiert Millionen von Stimmen bei den Wahlen und übt direkten und indirekten Druck auf Parlament und Regierung aus. Sie hat gelegentlich Neigung, Staat im Staate zu werden, mit dem 'demokratischen Staat als gleicher zu verkehren, wenn nicht gar ihm das Gesetz des Handelns aufzuzwingen. Sie bezeugt selbst totalitäre Neigungen in dem Anspruch auf Totalrepräsentanz der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmungen, der Öffentlichkeit, den Parteien und der Regierung“ ⁹⁾.

Wir können ohne weiteres zugeben, daß es für uns bedrohlich wäre, wenn dieses Bild der Lage vorbehaltlos stimmte. Aber es stimmt nicht vorbehaltlos. Es ist zwar richtig und erfreulich, daß die Gewerkschaften ein machtvolleres Werkzeug der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Emanzipation der arbeitenden Klassen geworden sind und damit ähnlich wirken wie die Zünfte, die seinerzeit weitgehend unbewußt an der Ablösung des mittelalterlichen Feudalsystems und der Herausbildung einer neuen Ordnung mitarbeiteten. Auch stimmt es, daß der bürgerlich-liberale Staat gezwungen ist, die Gewerkschaften zu akzeptieren und seinen politischen und organisatorischen Aufbau auf deren Existenz abzustimmen; aber es würde wohl zu weit gehen, wollte man daraus mit *Schlesinger* ¹⁰⁾ folgern, daß am Ende dieser Entwicklung so etwas wie eine „Volksdemokratie“ — wenn auch nur nach *Otto Bauers* Muster — stehen müßte. Das ist beileibe nicht der Fall, und es ist auch leicht zu zeigen, weshalb.

Gewerkschaften und Ideologie

Als reine Zweckverbände zur Verbesserung des Lebensstandards sind die Gewerkschaften in ihrer Grundhaltung notgedrungen frei von jeder Ideologie. Marxistische Dogmen, wie „Verelendungstheorie“, „Zusammenbruchstheorie“, „Expropriation der Expropriateure“ usw., sind ihre Sache nicht, und sie können es auch nicht sein.

7) G. Briefs, a.a.O., S. 30.

8) Ebenda, S. 13.

9) Ebenda, S. 44.

10) R. SAlesinger, Central European Democracy and its Background. Economic and Political Group Organization, London 1953, S. 22.

GEWERKSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN UND PROBLEME

Es ist deshalb kein Zufall, sondern ein schlagender Beweis für die Richtigkeit des Gesagten, daß es gerade die ideologiefreien Arbeiter in den USA und in England gewesen sind, welche die ersten Früchte der gewerkschaftlichen Organisation und Tätigkeit einheimen konnten. Da diese Leute „niemals von den Doktrinen der zunehmenden Verelendung gehört hatten“, schreibt *Strachey*, „waren sie so verwegen“, ihren „Lebensstandard auch tatsächlich erheblich zu verbessern. Es ist ihnen nie in den Sinn gekommen, daß sie sich dabei eigentlich nur für die Revolution schulten und stählten“ (wie dies den Theorien des Marxismus entsprochen hätte). Dafür waren sie zu „sehr auf das konkrete finanzielle Ergebnis jedes Teilkampfes, jedes Streiks, jeder politischen Agitation bedacht und haben sich in solchen Teilkämpfen jeweils nur dann engagiert, wenn sie sich guter Erfolgchancen sicher glaubten“¹¹⁾. Und als der deutsche Sozialdemokrat *Eduard Bernstein* vor *Bismarcks* Sozialistengesetzen nach England emigrierte, da traf er bereits auf eine „Facharbeiterschaft mit geregelten Arbeitsverhältnissen, starken Gewerkschaften und dem Koalitionsrecht“¹²⁾ von 1875. Dieses Erlebnis öffnete ihm die Augen. „Heimgekehrt, übte er heftige Kritik an der Marxschen Lehre (deren Verelendungstheorie, konsequent genommen, die Gewerkschaftsarbeit hätte sinnlos machen müssen). Mit der zunehmenden Sozialreform und der Eigenhilfe der Arbeiter in Gewerkschaften, Genossenschaften, Parlamenten und kommunaler Selbstverwaltung würde man, nach Bernsteins Lehre, ohne Revolution in die sozialistische Ordnung hineinwachsen“. Bernsteins aufsehenerregendes Buch ‚Die Voraussetzungen des Sozialismus‘ führte zur Entstehung eines ‚reformistischen‘ Flügels in der marxistischen Sozialdemokratie, dem sich sehr viele Gewerkschaftsführer zugesellten, denn für die Gewerkschaftspraxis war Bernsteins Reformismus — damals Revisionismus — geradezu maßgeschneidert. Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung der achtziger Jahre trug ebenfalls dazu bei, diese Richtung zu stärken.“¹³⁾

Solange also die deutschen Sozialdemokraten am marxistischen Revolutionsschema festhielten, auch das darf rückblickend ganz unzweideutig ausgesprochen werden, so lange gab es zwischen ihnen und den Gewerkschaften heftige Kontroversen; so z. B. um den „Generalstreik“, der auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905 als „anarchistisch-syndikalistische Utopie“ verworfen, vom Jenaer Parteitag desselben Jahres jedoch als unter bestimmten Umständen durchaus brauchbares Agitationsmittel anerkannt worden war. Man kann das alles wunderschön bei *Schlesinger*¹⁴⁾ nachlesen. Auch *Strachey* bekennt sich zu dieser Unvereinbarkeitsthese zwischen gewerkschaftlichem Pragmatismus und revolutionärer Politik. Das wird seiner Meinung nach besonders an den Kommunisten deutlich, denen es, getreu ihrer Ideologie, weniger „auf den Ausgang irgendeines Streiks, sondern“ mehr „auf dessen erzieherische Wirkung auf die Arbeiter“ ankommt. „Und diese fundamental andersartige Auffassung hat oft dazu geführt und führt noch immer dazu, daß sich die Kommunisten trotz ihres außerordentlichen Enthusiasmus, trotz ihres Eifers und ihrer Selbstaufopferung als völlig unfähige Gewerkschaftsführer erweisen. Im extremen Fall artet sie — und die ihr gemäße Überzeugung, daß jeder Streik, wie er auch ausgehen mag, immer gut und nützlich ist — zu krimineller Leichtfertigkeit in der Auslösung solcher Streiks, von Demonstrationen, politischen Agitationen usw. aus. Und selbst bestenfalls bleibt es bei dem Unvermögen, die eigentlichen Interessen der betroffenen Arbeiter wirklich wahrzunehmen, d. h. bei einer Konzentration auf langfristige politische Ziele, denen die Arbeitenden selbst mit Indifferenz gegenüberstehen mögen und denen sie oft genug geopfert werden. Nach meiner Auffassung ist es allen dieser Defekt in der Grundhaltung der Kommunisten zu dem modernen Kampf der Organisationen der Arbeiterklasse, der es ihnen unmög-

11) J. Strachey, a.a.O., S. 106.

12) F. J. Furtwängler, a.a.O., S. 20.

13) Ebenda, S. 21.

14) R. Schlesinger, a.a.O., S. 89, 104, 110 usw.

lich macht, beherrschende Stellungen in der Gewerkschaftsbewegung zu beziehen. Wir haben hier so(mit) ein bemerkenswertes Beispiel dafür vor uns, wie nachhaltig ein theoretischer Irrtum in der Veranschlagung der historischen Entwicklung auf den Lauf sozialer Kämpfe einzuwirken vermag.“¹⁵⁾

Das ist eine sehr beruhigende Feststellung, zumal die geschilderte Allergie der Gewerkschaften gegenüber dem möglichen Mißbrauch ihres Instrumentariums durch revolutionäre Ideologien sie keineswegs hindert, mit Parteien zusammenzuarbeiten, die sich zu evolutionären Methoden bekennen. Besonders, wo diese Parteien stark und sie selber schwach sind.

Zur Leistung und Taktik der Gewerkschaften

Die Gefahr eines Utnsturzes durch die Gewerkschaften erscheint nach alledem wohl illusorisch. Auch stehen die Gewerkschaften allen Parteirichtungen offen, und der Hauptgrund für die Mitgliedschaft bei ihnen besteht, wiederholen wir es ruhig noch einmal, in der Erwartung eines besseren Lebensstandards.

Allerdings erschöpft sich die Gewerkschaftstätigkeit nicht in dieser Zielsetzung. Es hieße der gesellschaftlichen Rolle der Gewerkschaften nicht gerecht werden, wenn man nur diesen Aspekt ihrer Tätigkeit in Betracht zöge. Neben dieser „*wage-welfare function*“ der Gewerkschaften besteht nämlich — besonders in unterentwickelten Gebieten (bzw., historisch betrachtet, überall zu Beginn) — eine nicht minder wichtige Disziplinierungsaufgabe innerhalb der oftmals organisationsunwilligen und desinteressierten Arbeiterschaft. Schließlich verlangen alle Gesellschaftsordnungen von ihren Mitgliedern eine gewisse Disziplin, da anders die existenznotwendigen Aufgaben einfach nicht zu lösen sind. Und diese Forderung nach Disziplin wird um so stärker, je *arbeitsteiliger* die Gesellschaft organisiert ist. „Betrachtet man die Gewerkschaften also in ihrer institutionellen Bedeutung innerhalb der Gesellschaft, dann haben sie zwei entscheidende Aufgaben zu erfüllen: Sie müssen nicht nur die Wohlfahrtsbestrebungen des Faktors Arbeit vertreten, sondern sie müssen auch für die Disziplinierung dieses Produktionsfaktors Sorge tragen. Diese gegenständlichen Aufgaben können in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen zwar in verschiedener Gewichtung auftreten, aber sie müssen beide wahrgenommen werden, wenn die Gesellschaft überhaupt bestehen will. Und wenn man die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer jeweiligen Position gegenüber diesen Aufgaben anvisieren wollte, dann müßte man die amerikanischen Gewerkschaften wohl an jenem Ende der Skala placieren, an dem die Wohlfahrtsfunktion zu finden ist und die disziplinäre Arbeit klein geschrieben wird. Die Sowjetgewerkschaften hinwiederum müßten am anderen Ende der Skala postiert werden, nämlich dort, wo die Disziplinierungsaufgaben die Hauptsache bedeuten und der Wohlfahrtsaspekt in den Hintergrund tritt.“¹⁶⁾

Das ist keine antisowjetische Propagandaformulierung, sondern entspricht völlig dem Sinn der diesbezüglichen Ausführungen des XXI. Parteitages der KPdSU: „Die Gewerkschaften“, hieß es dort, „sind dazu berufen, die Aktivität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu entwickeln, den sozialistischen Wettbewerb um die Erfüllung und Übererfüllung der Staatsaufgaben in jedem Betrieb zu entfalten, die Neuerer und Erfinder sowie die Bestarbeiter zu fördern und ihre Erfahrungen zu popularisieren.“¹⁷⁾

Wie erwartet figurieren hier Disziplin und Leistungssteigerung an erster Stelle, und vom Wohlfahrtsaspekt ist, wenn überhaupt, nur zwischen den Zeilen zu lesen. Ein

15) J. Strachey, a.a.O., S. 106/107.

16) M. D. Morris, Labor Discipline, Trade-Unions, and the State in India, in: Journ. of Pol. Economy, Vol. LXIII/1955, S. 303/304.

17) S. K. Tatur, a.a.O., S. 149.

Punkt allerdings ist interessant und verdient gesonderte Erwähnung: er betrifft die Konfrontation der Gewerkschaften mit dem technischen Fortschritt, und hier müssen wir, nicht nur im Rückblick auf die gewerkschaftsfreie Zeit der Maschinenstürmer, sondern weit mehr in Ansehung mancher Streikbewegungen der vergangenen und gegenwärtigen Gewerkschaftsära zugeben, daß dieses entscheidend wichtige Problem von den westlichen Gewerkschaften noch lange nicht bewältigt worden ist.

Wohlfahrtsfunktion und Disziplinierungsarbeit sind indes noch nicht alle Gewerkschaftsobliegenheiten. Zu diesen beiden gesellt sich nämlich noch der überaus bedeutungsvolle *Aspekt der Demokratisierung*, dem die Gewerkschaften eine Menge Sympathien verdanken¹⁸⁾. Wir denken dabei nicht nur an die Demokratisierung unseres Lebens im gesellschaftlichen Großbereich durch die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, bei welcher die Gewerkschaften ihr Quantum beigesteuert haben, sondern auch an die Demokratisierung des betrieblichen Kleinbereichs, die von den gewerkschaftlichen Kollektivvertragsverhandlungen auf lokaler und nationaler Ebene bis zur *Mitbestimmung* reicht. Das sind Errungenschaften, die nicht hoch genug veranschlagt werden können, insonderheit in einer Zeit, wo die demokratische Opposition sogar ihren Trägern langweilig zu werden scheint und man das Regieren einer ebenso kleinen wie verantwortungslosen — weil eben von keiner parlamentarischen Opposition kontrollierten — Minderheit zu überantworten geneigt ist. Wo immer es indes zu einer Koalition der Großparteien kommt und die Funktionen des Parlaments durch den Fraktionszwang ausgeschaltet werden, dort wird die Demokratie zur bloßen Farce und die Regierungsbildung zu einem Freistilringen um Ministersessel.

Das sind betrübliche Aspekte für die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung, und sie werden auch nicht rosiger, wenn man sich den *Mangel an Demokratie innerhalb der Gewerkschaften* — von den Parteien gar nicht erst zu reden — vornimmt. Dabei denken wir nicht an die großteils nicht mehr existenten amerikanischen Gangsterorganisationen mit ihrer „Faust-im-Nacken-Technik“, sondern einfach an die machtvolle Verbürokratisierung des Gewerkschaftsapparates¹⁹⁾, auch wenn dies, was loyalerweise zugegeben werden muß, keine gelenkte oder gar erwünschte Entwicklung ist, sondern mit ein Ergebnis jenes Wachstumsprozesses, der die Gewerkschaften groß gemacht hat und der als Eigenart sämtlicher Großorganisationen angesehen werden kann.

Trotzdem, oder gerade deshalb, verbleibt den Gewerkschaften auch künftighin ein wesentlicher Teil der Obsorge um den demokratischen Charakter des Staates, denn dieser Staat kann die Legalität ihrer Existenz jederzeit durch einen Federstrich in Frage stellen und die Früchte generationenlanger Arbeit von heute auf morgen vernichten. Die Gewerkschaften, das muß man sich vor Augen halten, können also weder gegen den demokratischen Staat leben noch können sie, auch das hat ihre Geschichte eindeutig gezeigt, auf die Dauer ohne seine legislative HilfsStellung gedeihen. Zwischen dem demokratischen Staat und den Gewerkschaften westlicher Prägung besteht vielmehr eine so enge Interessengemeinschaft, daß man ohne arg zu übertreiben sagen darf, daß sie existenznotwendig aufeinander angewiesen sind.

Die diesbezüglichen Befürchtungen von Briefs erscheinen somit unbegründet, und die von ihm so mißtrauisch betrachtete Symbiose von Gewerkschaften und Arbeiterparteien²⁰⁾ hat sich, von einigen Mißbräuchen abgesehen, bislang jedenfalls als wohlätig erwiesen. Sie nahm der ursprünglich marxistischen Sozialdemokratie die revolutionäre Zerstörungskraft und verwies sie auf den wesentlich ergiebigeren evolutionären Weg, und sie gab den Gewerkschaften ein Mittel in die Hand, das gegen allfällige Übergriffe des Staates auf parlamentarischer Ebene eingesetzt werden konnte. Daß dies — siehe

18) J. Seidman, Democracy in Labor Unions, in: Journ. of Pol. Economy, Vol. LXI/1953, S. 221.

19) Ebenda, S. 221, 225.

20) G. Briefs, a.a.O., S. 65.

1933 — nicht immer mit hinreichendem Erfolg geschah, dürfte weniger als Gegenargument, sondern weit eher als Belehrung dienen.

Gewerkschaften und Wirtschaftstheorie

Wie dem indes auch immer sei und welche Hoffnungen oder Befürchtungen man auch immer äußern möge, fest stellt auf jeden Fall, daß sich die Arbeitszeiten in den letzten hundert Jahren ebenso nach abwärts bewegten wie die Reallöhne in eben diesem Zeitraum stiegen. Es wird auch nirgendwo geleugnet, daß den Gewerkschaften der entscheidende Anteil an dieser Entwicklung zukommt. Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist allerdings der späte Zeitpunkt²¹⁾, zu welchem die *Wirtschaftstheorie* sich dieser hochbedeutenden Entwicklung zugewendet hat.

Man hatte zwar schon um die Jahrhundertwende die Hinfälligkeit des alten Konkurrenzschemas erkannt, aber es dauerte bis in die fünfziger Jahre hinein, ehe man zu einer neuen Konzeption gelangte, die der zeitgenössischen Wirtschaftswirklichkeit entsprach. Inzwischen hatte sich das Wirtschaftsleben „von der ‚Konkurrenz der Vielen‘ (gleich Schwachen) zum ‚Zusammenspiel der Wenigen‘ (gleich Starken)“²²⁾ gewandelt, und es war wirtschaftspolitisch notwendig geworden, dieser Konzentration der Kräfte ein entsprechendes Pendant gegenüberzustellen. Im Bereich des Faktors Boden mochten dies die *Genossenschaften* sein; im Bereich des Faktors Arbeit waren und sind es die *Gewerkschaften*, die hier zur Erstellung eines echten Gleichgewichtes der Kräfte beitragen und jeder einseitigen Ausnützung der Arbeitsmarktsituation entgegenreten.

Die moderne Wirtschaftstheorie hat die Berechtigung dieses Tuns vorbehaltlos nachgewiesen. Sie hat den wirtschaftlichen Verlaufsprozeß analysiert und dabei herausgefunden, daß der neue Gleichgewichtsmechanismus, der an die Stelle des alten getreten ist, durch dieselben Kräfte erzeugt wurde, die den alten zerstört hatten. Es ist, schreibt *Galbraith*, „der privaten Wirtschaftsmacht“ (der Wenigen gleich Starken) „eine neue Gegenkraft erwachsen, welche an die Stelle der alten Konkurrenz trat. Sie wurde durch denselben Konzentrationsprozeß erzeugt, welcher die Konkurrenz außer Kraft gesetzt und zerstört hatte. Allerdings erschien sie nicht auf der gewohnten Seite des Marktes, sondern auf der entgegengesetzten. Sie entstand nicht bei den allfälligen Konkurrenten, sondern auf der Seite der Lieferanten oder Konsumenten. Da irgendein Name für dieses Gegenstück der Konkurrenz geprägt werden muß, so will ich sie die Gegengewichtskraft nennen. Und um mit einer etwas breiten und vielleicht auch dogmatischen Definition zu beginnen, möchte ich sagen: die private Wirtschaftsmacht“ (der Wenigen gleich Starken) „wird genau durch die Gegengewichtskraft jener im Zaume gehalten, die sonst ihr Opfer geworden wären. Die eine Kraft hat die andere geboren“²³⁾. Das entspricht der Dialektik der Entwicklung und zeigt sich besonders klar am Arbeitsmarkt, wo das oligopolistische Übergewicht der Arbeitgeber erst durch die Gegengewichtskraft der Gewerkschaften überwunden und ausgeglichen werden konnte.

Damit hat die Wirtschaftstheorie wieder den Anschluß an die Wirtschaftswirklichkeit gefunden. Die Leistung und Notwendigkeit der Gegengewichtskräfte im allgemeinen und die der Gewerkschaften im besonderen wird in jeder Hinsicht anerkannt und die „Förderung“ dieser Kräfte sogar zu einer „Hauptaufgabe der Regierung“²⁴⁾ deklariert.

So unbestritten indes die Position der Gewerkschaften an sich ist, so umstritten erscheint ihre Rolle bei der Verteilung des Sozialprodukts. Zwar ist die Wirtschaftstheorie

21) I. L. Herrstadt, The Reaction of three Local Unions to Economic Adversity, in: Journ. of Pol. Economy Vol. LXII/1954, S. 425.

22) J. Kasnacich-Schmid, Modernes Wirtschaftsdenken, Köln 1961, S. 233/234.

23) K. E. Galbraith, American Capitalism, The Concept of Countervailing Power, Boston (Mass.), 1952, S. 118.

24) Ebenda, S. 142.

GEWERKSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN UND PROBLEME

einheitlich der Meinung, daß die Gewerkschaften eine Lohnpolitik betreiben müssen, aber über die Art und Weise dieser Lohnpolitik gehen die Meinungen auseinander. Dabei steht soviel wiederum fest: „Wenn das Pro-Kopf-Einkommen“, sagen wir einmal, „um 2 vH jährlich wächst, so kann jedermann nach zehn Jahren um 22 vH bessergestellt sein. Dieser Prozentsatz überschreitet bei weitem den in einer stagnierenden Wirtschaft von jeder möglichen Neuverteilung des Einkommens zwischen den Klassen zu erwartenden Erfolg“²⁵). Das ist das hohe Lied des Wirtschaftswachstums.

Die Gewerkschaften waren sich übrigens schon von jeher klar darüber, daß man nur auf das Wachstumspferd zu setzen habe und nicht auf die Hirngespinnste indoktriniertes Geistesheer. Sie konnten den Lebensstandard ihrer Mitglieder auch in einem fort verbessern. Das bestreiten nicht einmal die verbissensten Marxisten, doch sie geben hintergründig zu bedenken, daß die Statistiken — aller Gewerkschaftstätigkeit zum Trotz — bewiesen, „daß der Anteil der Löhne oder der gesamten Arbeitseinkommen“ offensichtlich „weitgehend konstant oder nur langsamen Veränderungen unterworfen sei“²⁶). Als ob das, falls es stimmte, irgendetwas zu bedeuten hätte! Schließlich haben die Gewerkschaften nicht den hochtheoretischen Kampf um einen höheren Lohnanteil am Sozialprodukt auf ihre Banner geschrieben, sondern nur den praktischen Kampf um einen besseren Lebensstandard. Ihn kann man in einer wachsenden Wirtschaft aber auch eringen, wenn der Lohnanteil konstant bleibt. Wenn nämlich der gesamte Wirtschaftskuchen wächst, dann wächst mit ihm auch das Stück, das für die Arbeitenden reserviert ist. Ob man dieses Wachstum des Realeinkommens allenfalls noch steigern kann und soll, indem man zusätzlich auf eine Vergrößerung des relativen Stückanteils hinarbeitet, das kann endgültig erst dann gesagt werden, wenn man genau wissen wird, wie das primär wichtige Wirtschaftswachstum auf eine solche Umverteilung reagiert. Ob die für das Wirtschaftswachstum unerläßlichen Investitionsmittel trotzdem akkumuliert werden (können) oder ob dies nicht oder nur eingeschränkt der Fall ist. Hierzu liegt aber noch keine einhellige Stellungnahme unserer Wirtschaftswissenschaftler vor.

Meinen die einen, daß eine Umverteilung des Sozialproduktes zugunsten der Lohnempfänger bereits stattgefunden hat²⁷), ohne den Wachstumsprozeß zu beeinträchtigen, so behaupten die anderen das Gegenteil. Die daraus resultierenden Unsicherheiten hinsichtlich einer wohlfundierten gewerkschaftlichen Lohnpolitik sind klar. Soll man die Löhne nur proportional zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wachsen lassen, wie das der vielleicht zur Zeit verbreitetsten Ansicht entspricht, oder sollen die Löhne, wie dies die Sowjettheorie verlangt²⁸), unbedingt hinter der Arbeitsproduktivität zurückbleiben? Möglicherweise sind jedoch beide Thesen falsch, und es hat jene dritte Gruppe recht, die der — auf den ersten Anblick ketzerischen — Ansicht zuneigt, daß ein genügender Wachstumsimpuls für die Wirtschaft erst dann garantiert sei, wenn die Löhne über die Produktivitätssteigerung hinauswachsen²⁹)?

Man sieht jedenfalls, daß hier der Meinungen sehr viele sind und daß deshalb den Gewerkschaften neben ihrer praktischen auch eine *theoretische Aufgabe* erwächst, die zu lösen sie sich um so angelegener sein lassen sollten, als sich in diesem Zusammenhang Ansatzpunkte zu zeigen scheinen, die die diversen Ideologen nur allzu gern benützen möchten, um die Gewerkschaften zu indoktrinieren und dem abwegigen Verstaatlichungsrezept — vielleicht über die sogenannte „Sozialisierung der Investition“³⁰) — zugänglich zu machen, das, wenn überhaupt, hier am allerwenigsten etwas zu bestellen hat.

25) W. A. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen/Zürich 1956, S. 101.

26) K. W. Rothschild, Der Lohnanteil am Gesamteinkommen. Einige Bemerkungen zu einem umstrittenen Problem in: Weltw. Archiv, Bd. 78/1957, S. 158.

27) C. B. Hoover, Wirtschaft, Freiheit und der Staat, Göttingen o. J., S. 184 f.

28) S. K. Tatur, a.a.O., S. 67 und 101.

29) F. Baerwald, Produktivitätslohn und Wachstumsrate, in: Zeitschr. f. d. ges. Staatsw., Bd. 119/1963, S. 67.

30) J. Strachey, a.a.O., S. 210.

Zur künftigen Entwicklung

Die Gewerkschaft ist ein historisches Phänomen. Es gab eine Zeit, wo sie nicht war; es wird eine Zeit kommen, wo sie nicht mehr sein wird“³¹⁾.

Wir sind weder Hellseher noch Propheten und wissen also nicht, ob diese Prognose richtig ist. Da indes nichts auf dieser Welt ewig dauert, können wir *Briefs* unumwunden zustimmen, allerdings mit der Einschränkung, daß dies so bald nicht sein wird. Zweifellos bleibt die Welt nicht stehen, und man tut gut daran, sich auch mit den kommenden Dingen zu befassen. Dabei kann nicht geleugnet werden, daß die gesellschaftliche Entwicklung einen Weg einzuschlagen scheint, der Anlaß zu mancherlei Überlegungen liefert.

„Vor rund 200 Jahren verteilte sich unsere Bevölkerung so, daß 70 vH auf dem Land lebten und nur 30 vH in den Städten. Das war die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land. Dann kamen die Maschinen. Wir sagen heute, es kam die ‚erste industrielle Revolution‘ und mit ihr setzte eine Völkerwanderung ein, die alle historischen Völkerwanderungen in den Schatten stellt. Diese Wanderung ist auch heute noch nicht abgeschlossen, und an ihrem Ende steht eine völlige Umkrepelung der Verteilung zwischen Stadt und Land. Im Bereich der westlichen Industriegesellschaften leben nämlich derzeit rund 70 vH der Menschen in den Städten, und nur noch 30 vH leben auf dem Land.“ Dabei „hat die europäische Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land noch längst nicht den Grad erreicht wie in den Vereinigten Staaten, welche in der rationellen Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land führend sind und derzeit bei einem Verhältnis von 88:12 stehen. Von den rund 160 Millionen Amerikanern genügen also etwa 19 Millionen, um sich und die übrigen mit einem Üppigkeitsgrad zu ernähren, der seinesgleichen anderswo vergeblich sucht. Aber nicht einmal mit diesem Rekord ist man in den USA zufrieden. Man will die Produktivität der dortigen Landwirtschaft — und damit die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land — noch weitertreiben und hofft, in absehbarer Zeit die ominöse 10-vH-Grenze nicht nur zu erreichen, sondern auch zu unterschreiten“³²⁾.

Ebenso interessant wie diese Umverteilung ist aber auch die Entwicklung innerhalb der angewachsenen, nicht landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung. Unterteilt man nämlich die möglichen Berufe ganz grob in drei Sektoren, und zwar in den der „primären Berufe“, welcher direkt Rohstoffe und Lebensmittel aus der Erde produziert (Land- und Forstwirtschaft), den der „sekundären Berufe“, welcher an der Gewinnung und Verarbeitung der Rohstoffe beteiligt ist (Bergbau, Industrie und Transport), und den der „tertiären Berufe“, welcher unmittelbar überhaupt nichts mehr mit der Güterproduktion zu tun hat (Handel, Verwaltung, Dienstleistungsberufe usw.), dann ergibt sich nachfolgendes interessante Bild: Von dem erstaunlichen Absinken der primären Berufe haben wir bereits gehandelt; nicht minder erstaunlich und für die gewerkschaftliche Zukunft bedeutungsvoll ist jedoch die Tatsache, daß auch der sekundäre, ureigentlich proletarische Berufssektor ähnlich arg zu schrumpfen scheint und — wenn man den diesbezüglichen Visionen prominenter Ökonomen glauben will — wahrscheinlich auch nicht vor der 10-vH-Grenze halten wird. Damit würden in absehbarer Zeit 10 vH der Bevölkerung in der Landwirtschaft, weitere 10 vH in Industrie und Gewerbe und die restlichen 80 vH in jenem Sektor tätig sein, „der nur sortiert und verpackt, kauft und verkauft, vermittelt, transportiert, anpreist, registriert, berechnet, schreibt, diktiert, telefoniert, unterrichtet, forscht, Nachrichten übermittelt, prozessiert, verwaltet und andere Dienstleistungen aller Art verrichtet“³³⁾.

Es wäre der Triumph des „Parkinsonschen Gesetzes“; gleichzeitig aber ein nicht unerhebliches Problem, sowohl was die Art als auch was den Umfang allfälliger Gewerkschaftstätigkeit betrifft. Jedenfalls wird man gut daran tun, sich beizeiten auf

31) G. Briefs, a.a.O., S. 37.

32) J. Kasnacich-Schmid, a.a.O., S. 88, 89, 90.

33) W. Tritsch, Die Wirtschaftsdynamik unserer Zeit, Stuttgart 1959, S. 56.

GEWERKSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN UND PROBLEME

diese mehr oder minder nahe, bzw. ferne Zukunft einzurichten. Auf alle Fälle wird es dazu nötig sein, das gewerkschaftliche Gedankengut — mehr noch als bisher — zu entmythologisieren und von jedem ideologischen Ballast, mag er von wem immer empfohlen werden, frei zu machen. Abermals wird der reine Pragmatismus in den Vordergrund der Betrachtungen treten. Er wird aber — mehr noch als bisher — einer *wissenschaftlichen Fundierung* bedürfen, um die Masse der kontraktbestimmten Einkommensempfänger, die es natürlich auch dann noch geben wird, wirklich zu überzeugen. Daß diese Menschen keine Interessenvertretung nötig haben sollten, ist wohl nur für den Fall zu befürchten, als es den Gewerkschaften nicht gelingt, die demokratischen Spielregeln unserer westlich-freiheitlichen Industriegesellschaft zu bewahren und auch im Bereich der Wirtschaft weiterzuentwickeln. Von dieser Aufgabe haben wir indes schon früher gesprochen.